

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 7 Jahrgang 2019

31. Juli 2019

Innenministerium veranstaltet landesweites Waldbrandsymposium

(ID) „Waldbrände sind grundsätzlich nichts Neues für die Feuerwehren in Baden-Württemberg. Die großen Waldbrände in Südeuropa und nicht zuletzt der Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern haben aber gezeigt, dass es unerlässlich ist, sich gerade auch in der Gefahrenabwehr rechtzeitig auf Veränderungen einzustellen – und das tun wir“, sagte Innenminister Thomas Strobl am 25. Juli 2019 in Stuttgart beim Waldbrandsymposium des Innenministeriums.

Rund 250 Vertreterinnen und Vertreter der Feuerwehren, Landkreise, Gemeinden und Hilfsorganisationen waren der Einladung des Innenministeriums in die Theodor-Heuss-Kaserne, dem Sitz des Landeskommandos Baden-Württemberg, in Stuttgart gefolgt, um sich über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmen in der Waldbrandbekämpfung zu informieren.

„Die Feuerwehren im Land sind für die Bekämpfung von Waldbränden gut ausgerüstet. Freilich ist nichts so gut, dass wir es nicht noch besser machen können. Im Falle eines Waldbrandes setzen wir in Baden-Württemberg vor allem auf den bodengebundenen Einsatz der Feuerwehren. Dieser ist an fast allen Stellen unseres Landes durch ein gutes Waldwegenetz aufgrund der Holzabfuhr möglich. Wir haben rund 110.000 Feuerwehrangehörige und 9.300 Fahrzeuge bei den

Freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung. Zur Förderung großer Wassermengen haben wir in Baden-Württemberg sieben Hochleistungs-Wasserfördersysteme. Und sollte Brandbekämpfung aus der Luft notwendig sein, stehen in Laupheim drei Löschwasser-äußenlastbehälter der Bundeswehr bereit, die 5.000 Liter Wasser fassen und mit Hubschraubern zum Einsatz kommen können“, so Innenminister Thomas Strobl.

„Allein Ihre Anwesenheit steht für das große Verantwortungsgefühl und die Einsatzbereitschaft aller Beteiligten im baden-württembergischen Bevölkerungsschutz“, dankte Minister Strobl den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und betonte zugleich: „Wir wollen keine Waldbrandhysterie. Stattdessen schauen wir uns ganz sachlich, sorgfältig und umfassend an, ob und wo ein Bedarf besteht. Dabei nehmen wir auch die unterschiedliche Ausgangslage in den verschiedenen europäischen Ländern wie Bewuchs, Boden, Zugänglichkeiten und Topografie des Waldes in den Blick. Und freilich nehmen wir Veränderungen des Klimas und die damit verbundenen Folgen sehr, sehr ernst!“



Innenminister Thomas Strobl bei seiner Eröffnungsrede.
Bild: Steffen Schmid

Wie wichtig präventiver Waldbrandschutz ist und welche Möglichkeiten dabei die forstwirtschaftlichen Planungen bieten, erläuterte Landesforstpräsident Max Reger in seinem Vortrag. Der Landesforstpräsident wies darauf hin, dass bisher die Waldbrandgefahr in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern eher als moderat einzuschätzen war. Diese Bewertung habe sich in den letzten wenigen Wochen aber verändert. Aufgrund der Trockenheit des letzten Jahres würden nun in immer größerem Umfang Waldbestände absterben. Eine Situation, die einer weiteren Beobachtung und Bewertung im Hinblick auf eine erhöhte Waldbrandgefahr bedarf. Landesbranddirektor Volker Velten stellte dar, wie sich die Gemeindefeuerwehren auf Waldbrände vorbereiten können, insbesondere im Hinblick auf Ortskenntnisse, Anfahrt und Einsatzerfor-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Kim Dunklau-Fox

Layout / Gestaltung:

Kim Dunklau-Fox

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



dernisse. Wie wichtig dabei regelmäßiges Üben ist, betonten die beiden Bezirksbrandmeister Frieder Lieb und Siegfried Hollstein. Beide berichteten über ihre Erkenntnisse der im letzten Jahr von den Regierungspräsidien Stuttgart und Tübingen sowie den Landkreisen Böblingen und Tübingen durchgeführten Waldbrandübung „Heißer Süden“.

Welche Möglichkeiten die Polizei, die Bundeswehr und weitere Experten haben, in der Waldbrandbekämpfung zu unterstützen, und welche Rolle das neue europäische Katastrophenschutzverfahren für länderübergreifende und

besonders schwerwiegende Einsätze bietet, erläuterten Vertreter der Polizei, Bundeswehr, des Bundesinnenministeriums und des Vereins @fire e.V. Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion erhielten die Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen zu stellen und in den Austausch mit den Expertinnen und Experten zu treten.

Mit dabei waren der Leiter der Landesfeuerwehrschule, LtD Thomas Egelhaaf, der zu Ausbildungsfragen Stellung nahm, und der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, Dr. von Komorowski. Mit Blick auf das neue EU-Katastrophenschutzverfahren

unterstrich der Hauptgeschäftsführer die Bedeutung der Europäischen Union. Gerade bei HILP-Szenarien (high impact – low probability; Lagen mit geringer Auftrittswahrscheinlichkeit, aber mit hohem Schadenausmaß) zeige sich der Vorteil des EU-Verfahrens. Beispielsweise können wir im Bedarfsfall neben den in Deutschland verfügbaren Kapazitäten auch auf die Löschhubschrauber aus südeuropäischen Mitgliedsstaaten zugreifen.

Die Präsentationen werden wir in den nächsten Tagen zum Download einstellen und in der nächsten Ausgabe des Infodienstes hierüber informieren.

Impressionen vom Waldbrandsymposium



Bild: Innenministerium



Bild: Steffen Schmid



Bild: Steffen Schmid



Bild: Innenministerium



Bild: Innenministerium



Bild: Steffen Schmid



Landesempfang für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz

(ID) Der Empfang der Landesregierung für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz und ihre Familienangehörigen fand dieses Jahr auf dem Gelände der Wilhelmsburgkaserne, dem Sitz des Multinationalen Kommandos Operative Führung, in Ulm statt.



Innenminister Thomas Strobl begrüßt Oberstarzt Prof. Dr. Matthias Helm vom Bundeswehrkrankenhaus in Ulm auf dem Veranstaltungsgelände in der Wilhelmsburg. Alle Bilder auf dieser Seite: Lichtgut/Leif Piechowski

Mit dem jährlichen Empfang bringt das Land seine Anerkennung und Wertschätzung für diejenigen zum Ausdruck, die mit ihrem Engagement einen entscheidenden Beitrag für das hohe Sicherheitsniveau leisten, auf das sich die Menschen in unserem Land verlassen können. Ihrer Einsatzbereitschaft ist es zu verdanken, dass das Land gut aufgestellt ist, wenn es

um Gefahren durch immer wieder vorkommende schwere Unglücksfälle, Naturkatastrophen, aber auch Terroranschläge geht.

„Täglich werden wir mit Nachrichten von Notlagen konfrontiert. Oft geht es dabei um Leben oder Tod, es geht um verletzte Menschen, die darauf vertrauen, dass ihnen schnell geholfen wird. Sie, liebe Helferinnen und Helfer, überlegen nicht lange, ob es gerade reinpasst. Sie machen sich auf, um Menschen in Not zu helfen. Für mich

sind Sie deshalb die wahren Helden in unserer Gesellschaft. Auch im Namen der gesamten Landesregierung danke ich Ihnen und Ihren Familien ganz herzlich für Ihren wichtigen Einsatz für das Gemeinwohl“, erklärte Innenminister Thomas Strobl. Auch den Familienangehörigen der Helferinnen und Helfer gebühre ein großes Dankeschön, denn ohne sie wäre ein Engagement im Bevölkerungsschutz nicht möglich.

Wie auch im letzten Jahr wurde bei dem Empfang wieder ein vielfältiges Programm geboten. Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Ulm, die Rettungshundestaffel Ulm und die Höhenrettung der Feuerwehr Ulm präsentierten ihre besonderen Fähigkeiten bei der Rettung von Menschen aus speziellen Gefahrenlagen. Die Bundeswehr gab ebenfalls einen spannenden Einblick. Sie veranstaltete eine Geräteschau und präsentierte das Bundeswehrkrankenhaus. Darüber hinaus wurden Führungen durch die Festungsanlage angeboten. Musikalisch wurde der Empfang durch die Feuerwehrkapelle der Freiwilligen Feuerwehr Amstetten gestaltet. Ein besonderer Dank gilt den Soldatinnen und Soldaten am Standort Ulm sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Referat 16 des Regierungspräsidiums Tübingen für die tatkräftige Unterstützung der Veranstaltung.



Die Rettungshundestaffel Ulm beweist ihr Können.



Innenminister Thomas Strobl im Gespräch mit Helfern der DLRG.

Erstes von vier neuen Arbeitsbooten für die Ölwehr auf dem Bodensee übergeben

(ID) Innenminister Thomas Strobl hat am 23. Juli zusammen mit seinem bayerischen Amtskollegen, Innenminister Joachim Herrmann MdL, das erste von vier neuen Arbeitsbooten für die Öl- und Schadenwehr Bodensee präsentiert, das in Friedrichshafen stationiert wird.



Der Bürgermeister von Meersburg, Robert Scherer, Innenminister Joachim Herrmann MdL, Innenminister Thomas Strobl und Angehörige der Feuerwehr Friedrichshafen auf dem Deck des neuen Bootes (v. l. n. r.). Bild: Steffen Schmid

Die Boote werden vom Land Baden-Württemberg finanziert und dienen der Öl- und Schadenwehr zur Gefahrenabwehr auf dem See sowie vor allem dem Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee.

Die Auslieferung der weiteren drei Boote wird bis zum zweiten Quartal 2020 erfolgen. Mit der Indienststellung aller Boote werden die beiden rund 40 Jahre alten Feuerlöschboote in

Friedrichshafen und Konstanz außer Betrieb genommen. Mit den vier Standorten der Arbeitsboote in Friedrichshafen, Konstanz, Überlingen und Radolfzell wird dann eine optimale Abdeckung des Bodensees im Schadensfall erreicht. Damit wird dann auch die Beschaffungsaktion der Öl- und Schadenwehr komplett abgeschlossen sein. Die Maßnahmen wurden auch mit finanzieller Unterstützung des Umweltministeriums realisiert.

Die neuen Boote sind das Ergebnis der im Jahr 2015 begonnenen Konzeptions- und Planungsphase einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Landratsamtes Bodenseekreis und unter Beteiligung von Fachleuten der Feuerwehren der Ölwehrstandorte.



Das Boot bei einer Fahrt auf dem Bodensee. Bild: Steffen Schmid



Landesbranddirektor Volker Velten mit dem Friedrichshafener Feuerwehrkommandanten Louis Laurösch. Bild: David Fischinger

Qualitätsbericht der SQR-BW 2018 erschienen

(ID) Die Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst Baden-Württemberg (SQR-BW) hat den Qualitätsbericht 2018 veröffentlicht. Darin werden, auf Grundlage von berechneten Qualitätsindikatoren, verschiedene Qualitätsaspekte des Rettungsdienstes erläutert sowie mess- und vergleichbar dargestellt. Berücksichtigt werden sowohl Ergebnisse auf Landesebene als auch auf Ebene der einzelnen Rettungsdienstbereiche.

Neu hinzugekommen ist die Darstellung einer Rangfolge der Rettungsdienstbereiche, beispielsweise bei der Prähospitalzeit bei Tracerdiagnosen.

Neben der Erfassung und Analyse von Rettungsdienstdaten werden darüber hinaus auch Ergebnisse des Gestuften Dialogs dargestellt, der auf Grundlage

der Datenanalyse zu einer weiteren Verbesserung der Abläufe im Rettungsdienst beitragen soll.

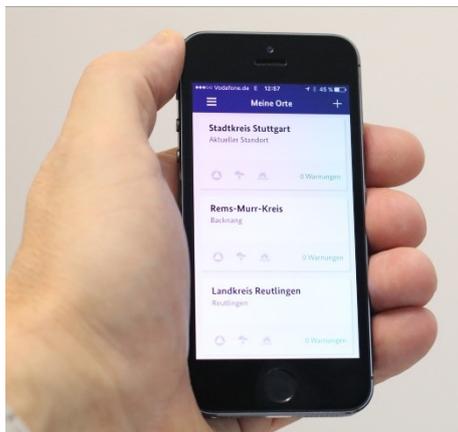
Der Qualitätsbericht 2018 ist auf der Internetseite der SQR-BW als PDF abrufbar: www.sqrbw.de/de/sqr-bw/infothek



Quelle: SQR-BW

Erster bundesweiter Warntag geplant

(ID) Am 10. September 2020 wird der erste bundesweite Warntag stattfinden. Der Tag wird zur Information der Bevölkerung über die verschiedenen Warnwege und Warnverfahren sowie zu deren Test genutzt werden.



Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom Juni 2019 soll jeweils am zweiten Donnerstag im September eines Jahres ein bundesweiter Warntag durchgeführt werden. Dabei sollen sämtliche Warnwege wie Mo-WaS, Warn-Apps und Sirensignale sowie weitere Informationsquellen wie Internetseiten der Behörden eingebunden werden. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema Warnung vertraut zu machen und ihnen das notwendige Wissen über Warnwege und -verfahren zu vermitteln. Wichtig ist dabei zu zeigen, wo und wie die Menschen Informationen und Hand-

lungsempfehlungen erhalten. Denn nur, wer die Warnmeldungen wahrnimmt und versteht, kann sich in Gefahrensituationen richtig verhalten. Um möglichst viele Menschen zu erreichen und die Informationen breit und wirkungsvoll zu streuen, wird der Warntag von einer vielfältigen, multimedialen Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

Wie genau der bundesweite Warntag ausgestaltet werden soll, erarbeitet derzeit die länderoffene Arbeitsgruppe „AG-Warntag 2020“ unter Federführung der Projektgruppe des ISF-Bund-Länder-Projektes „Warnung der Bevölkerung“. Neben dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, den Innenministerien der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen, dem Hamburger Innenrat und der Berufsfeuerwehr Potsdam arbeitet auch unser Referat 65 – Krisenmanagement in der AG mit.

Merken Sie sich den Termin schon einmal vor, weitere Informationen folgen!



Immer mehr Menschen vertrauen auf die Warn-App NINA

Inzwischen haben insgesamt **5,25 Millionen** Nutzer die Notfall-Informations- und Nachrichten-App NINA abonniert.

969.000 Orte aus Baden-Württemberg wurden von den Nutzern abonniert.

Im Jahr 2019 wurde in Baden-Württemberg bereits **63** Mal über NINA gewarnt. 2018 gab es **90** Warnungen im Land.



Logo: BBK

Windenrettung der Polizeihubschrauberstaffel mit der Bergwacht im Einsatzleitgebiet Esslingen – erfolgreiche erste Einsätze

(ID) Die von der Polizei und der Abteilung 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement beschaffte Rettungswinde für die Polizeihubschrauberstaffel hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Sie wurde unter anderem am 16. Juni im Einsatzleitgebiet Esslingen erfolgreich eingesetzt.



Bild: DRK Bergwacht Lenninger Tal

An der Kesselwand bei Lennigen-Schopfloch war ein jugendlicher Kletterer aus rund acht Metern Höhe abgestürzt und hatte sich dabei schwere Fuß- und Beinverletzungen zugezogen. Da die Unglücksstelle mit den Standardrettungsmitteln nur schwer und zeitintensiv erreichbar war, wurde

der mit der neuen Rettungswinde ausgerüstete Polizeihubschrauber angefordert.

Vor Ort nahm der Polizeihubschrauber einen Lufttreppe der Bergwacht auf. So konnte der Patient schonend aus der schwierigen Lage befreit und dem bodengebundenen Rettungsdienst übergeben werden, der den weiteren Transport mit einem RTW ins Krankenhaus durchführte.

An dem Einsatz waren neben der Besatzung des Polizeihubschraubers elf Kräfte der DRK Bergwacht Lenninger Tal, vier Kräfte der DRK Bergwacht Stuttgart sowie der Rettungsdienst und eine Notärztin beteiligt.



Einsatztaktik in Eisenbahntunneln

(ID) Der Arbeitskreis Tunnelleinsatz Baden-Württemberg legt die „Hinweise und Empfehlungen zur Einsatztaktik in Eisenbahntunneln“ vor.



Bei dieser Planübung diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einsatzmöglichkeiten und -grenzen. Alle Bilder zu diesem Artikel: LFS

Baden-Württemberg hat bundesweit die meisten Eisenbahntunnel – allein 49 mit einer Länge von mehr als 500 m. Durch den Umbau des Stuttgarter Bahnhofs und den Bau der neuen Schnellfahrstrecke Stuttgart - Ulm werden weitere 13 hinzukommen.

Ähnlich wie bei Straßentunneln sollen eine Reihe an Vorkehrungen die Sicherheit in Eisenbahntunneln gewährleisten. Dennoch kann der Halt eines brennenden Zuges im Tunnel nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Feuerwehren, die zu einem solchen Einsatz alarmiert werden, stehen vor beträchtlichen Herausforderungen.

Der Arbeitskreis Tunnelleinsatz hat bei seiner Entwicklungsarbeit die vielfältigen taktischen und technischen Fragestellungen untersucht und Lösungansätze erarbeitet. Die nun veröffentlichten

Empfehlungen haben vor allem die Sicherheit der vorgehenden Einsatzkräfte im Blick und sollen den zuständigen Portalfeuerwehren zur Vorbereitung auf diesen unwahrscheinlichen, aber dennoch möglichen Einsatz im Tunnelbauwerk dienen.

talfeuerwehren und die zuständigen Kreisbrandmeister bereits zwei Tagesseminare angeboten. Zudem werden unter Leitung der LFS noch 2019 Führungskräfte aller Portalfeuerwehren an der ifa ausgebildet als Multiplikatoren ausgebildet. Diese werden befähigt, das erworbene Wissen auch an die Kameradinnen und Kameraden am eigenen Standort weiterzugeben.



Auf der Webseite der Landesfeuerweherschule www.lfs-bw.de ist das Fachdokument veröffentlicht.

Der Arbeitskreis unter der Leitung der Landesfeuerweherschule (LFS) hielt während seiner Arbeit engen Kontakt zu anderen Bundesländern, zur International Fire Academy (ifa) in der Schweiz und zu Eisenbahnunternehmen. Zusammen mit der ifa wird nun auch die Ausbildung der Angehörigen von Portalfeuerwehren aufgenommen. Die LFS hat für die Feuerwehrkommandanten der Por-



Notfallmanager der Deutschen Bahn AG demonstrieren, wie die Bahnerdung durchgeführt wird und welche Hilfsmittel für den Feuerwehreinsatz bereitstehen (hier aufgleisbarer Rollwagen).

Sitzung des Landesfeuerwehrbeirates im Innenministerium



Landesbranddirektor Volker Velten im Landesfeuerwehrbeirat

(ID) Der Landesfeuerwehrbeirat hat am 18. Juli 2019 unter Vorsitz von Landesbranddirektor Volker Velten getagt und sich insbesondere mit den Themen Erweiterung der Landesfeuerweherschule und Verbesserung

der Unfallfürsorgeleistungen für Feuerwehrangehörige beschäftigt.

Der Landesfeuerwehrbeirat besteht aus Vertretern der beteiligten Verbände, Behörden und Anstalten und berät das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung der Feuerwehren.

Untersuchung der Diffusion von Kohlenstoffmonoxid durch Baustoffe – Forschungsbericht 195 veröffentlicht

(ID) Kohlenstoffmonoxid (CO) ist ein giftiges Gas, das unter anderem bei der unvollständigen Verbrennung von kohlenstoffhaltigen Stoffen bei unzureichender Sauerstoffzufuhr entsteht und bereits bei geringen Konzentrationen zu schweren gesundheitlichen Schäden und zum Tod führen kann. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Vergiftungsfälle durch Inhalation von Kohlenstoffmonoxid (z. B. durch unzureichend gewartete oder defekte Gasthermen und Heizungsanlagen oder durch mangelnde Abluft bzw. Zuluft). Dabei konnte auch festgestellt werden, dass sich das freiwerdende CO in den Gebäuden ausbreitete und zur Intoxikation von Personen führte, die sich bezüglich der CO-Quelle in weiter entfernten Räumen befanden.

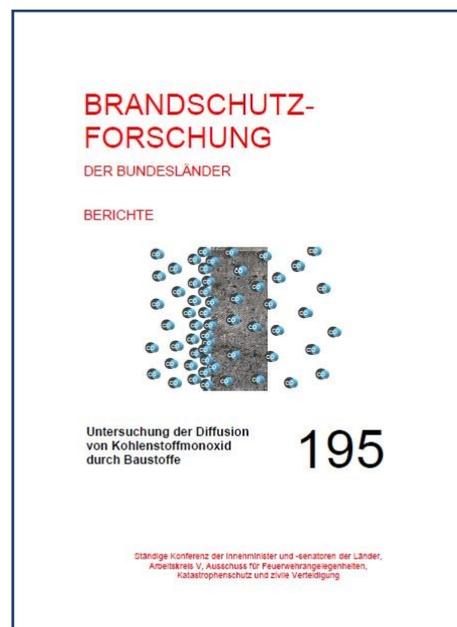
Der Arbeitskreis V, Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung, der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, hat daher im Rahmen des Forschungsprogramms 2017 das Forschungsvorhaben „Untersuchung der Diffusion von Kohlenstoffmonoxid durch Baustoffe“ beschlossen. Mit diesem Forschungsvorhaben wurde das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge, Abteilung Forschung – Institut der Feuerwehr – mit dem Ziel beauftragt, mittels experimenteller Untersuchungen gesicherte Erkenntnisse für die Diffusionsfähigkeit des CO durch verschiedene Materialien zu erlangen.

In einer klein skalierten Versuchsanordnung wurde die Permeation von CO durch verschiedene Baustoffe unter-

sucht. Es konnte festgestellt werden, dass das toxische Gas CO in der Lage ist, durch alle untersuchten Baustoffe zu permeieren. Es zeigten sich dabei klare Abhängigkeiten des Permeationsprozesses vom Material, dessen Dicke sowie dem anliegenden CO-Konzentrationsgradienten. Insgesamt kann die CO-Permeation bei den verwendeten Baustoffproben als relativ schnell erfolgend bewertet werden und zwar in Mengen und Zeiten, die toxisch relevant sind.

Der Bericht zum Forschungsauftrag wurde im Juli 2019 veröffentlicht.

Den Forschungsbericht des Instituts für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge, Abteilung Forschung – Institut der Feuerwehr – finden Sie unter: <https://kurzelinks.de/3t1x>



Quelle: AK V

Überarbeitung der Richtlinie Geschicklichkeitsfahren ist beendet

(ID) Nach der Neugestaltung des Feuerwehrabzeichens „Geschicklichkeitsprüfung für Maschinisten“ wurde auch die Richtlinie neu gefasst. Dazu wurde ein Arbeitskreis bestehend aus 20 Schiedsrichtern gebildet, die den Auftrag hatten, die Richtlinie praxisnah zu überarbeiten.



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Geschicklichkeitsprüfung am 6. April 2019 in Vaihingen/Enz.
Bild: Gerhard Bühl

Bei zwei Arbeitskreissitzungen wurden die Aufgaben angepasst und ein neuer Ablauf erstellt. Ziel war es, die Geschicklichkeitsprüfung ohne großen logistischen Aufwand auf einem Platz oder auf einer bestimmten Straßenan-

ordnung durchzuführen. Bei einer dritten Arbeitskreissitzung im April dieses Jahres wurde auf dem Verkehrsübungsplatz Vaihingen/Enz der Parcours aufgebaut, um die Richtlinie zu überprüfen. Alle Teilnehmer fanden die

Anordnung der Aufgaben stimmig und ansprechend. Der neue Parcours ist realitätsnah und kann flüssig befahren werden.

An dieser Stelle danken wir allen, die an der Erneuerung der Richtlinie mitgewirkt haben, für ihre konstruktiven Beiträge, Anregungen und ihre investierte Zeit sowie der Landesfeuerweherschule für die Begleitung des Arbeitskreises.

Die „Richtlinie zur Durchführung der Geschicklichkeitsprüfung für Maschinisten (Einsatzfahrer) der Feuerwehr in Baden-Württemberg“ finden Sie auf der Internetseite der Landesfeuerweherschule Baden-Württemberg unter <https://www.lfs-bw.de/Fachthemen/RechtOrganisation/Seiten/Leistungsabzeichen.aspx>.



Verwaltungsvorschrift über die Förderung von Investitionen nach dem Rettungsdienstgesetz in Kraft getreten

(ID) Mit Wirkung zum 1. Januar 2019 ist die Verwaltungsvorschrift über die Förderung von Investitionen nach dem Rettungsdienstgesetz (VwV Förderung Rettungsdienst – VwV-F-RD) im Juni in Kraft getreten. Sie löst damit die Förderrichtlinien für den Rettungsdienst aus dem Jahr 2001 ab.

Die VwV-F-RD bringt an vielen Stellen Konkretisierungen und Klärstellungen mit sich, wie beispielsweise die Festlegung der Zweckbindungsdauer von Fördermaß-

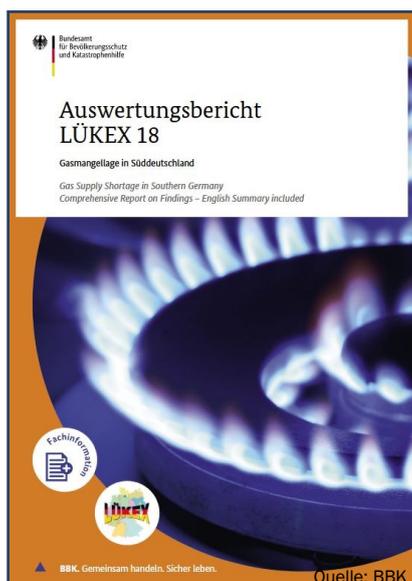
nahmen oder auch die Anhebung und künftig regelmäßige Anpassung der Kostenwerte pro m² baulicher Fläche.

Vor allem aber konnten gemeinsam mit den Hilfsorganisationen, der agswn und der UKBW die Planungsgrundlagen für bauliche Anlagen des Rettungsdienstes erarbeitet werden, die als Anlage zur VwV-F-RD den baulichen Mindeststandard einer Rettungswache, sowohl für den bodengebundenen Rettungsdienst, als auch für die baulichen Anlagen der Berg- und Wasserrettung vorgibt. Hier wurde unter Berücksichtigung der Vorschriften der Arbeitsstättenrichtlinie und der Unfallverhütungsvorschrift, um nur einige wenige zu nennen, der aktuelle Stand der Technik abgebildet. So wird beispielsweise künftig die geförderte Ga-

ragenfläche auch der Größe des Fahrzeugs entsprechen, welches darauf seinen Platz finden soll.

Das Jahresförderprogramm 2019 befindet sich momentan in der Aufstellung. Die Regierungspräsidien können, nach erfolgter Beschlussfassung durch den Landesausschuss Rettungsdienst (LARD), die Bewilligungsbescheide erlassen. Darüber hinaus hat sich das Innenministerium im Zuge der Aufstellung des Staatshaushaltsplan 2020/2021 für zusätzliche Mittel für die Rettungsdienstförderung eingesetzt.

Sie finden die Verwaltungsvorschrift Förderung Rettungsdienst unter <https://kurzelinks.de/kv1u>.



LÜKEX 2018 – Offizieller Abschluss mit Veröffentlichung des Auswertungsberichts

(ID) Im November 2018 hat die länderübergreifende Übung LÜKEX 18 stattgefunden, an der sich Baden-Württemberg als intensiv übendes Land beteiligt hatte. Szenario war eine Gasmangellage in Süddeutschland.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das die LÜKEX-Übungen gemeinsam mit den Ländern plant, vorbereitet, durchführt und auswertet, hat jetzt den Auswertungsbericht veröffentlicht. Er fasst die wesentlichen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen zu den Schwerpunkten Krisenmanagement (Stabsarbeit), Krisenkommunikation, Gasmangellage und Bevölkerungsschutz zusammen.

Den Auswertungsbericht LÜKEX 18 können Sie unter folgendem Link herunterladen: <https://kurzelinks.de/a6sg>

Neben dem Abschlussbericht sind auf der Homepage des BBK auch die vier Tagungsbände der Thementage mit Hintergrundinformationen eingestellt: <https://kurzelinks.de/mq5e>

Erkenntnisse aus Baden-Württemberg finden Sie auf Seite 9



DIN-Norm „Sicherheit und Resilienz – Gefahrenabwehr – Leitfaden für die Organisation der Gefahrenabwehr bei Schadensereignissen“

(ID) Die DIN-Norm „Sicherheit und Resilienz – Gefahrenabwehr – Leit-

faden für die Organisation der Gefahrenabwehr bei Schadensereignissen“ wurde veröffentlicht und kann über den Beuth-Verlag (<https://kurzelinks.de/ax2z>) erworben werden.

Die Norm enthält Leitlinien für Organisationen und Einrichtungen zur Verbesserung ihres Einsatzmanagements

bei sämtlichen Arten von Schadensereignissen (zum Beispiel Unglücke, Krisen, Störungen und Katastrophen). Der Leitfaden richtet sich an Organisationen und Einrichtungen, die für die Gefahrenabwehr auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene zuständig sind.

Auswertungsbericht LÜKEX 18 – Erkenntnisse aus Baden-Württemberg

(ID) Hier finden Sie Zitate aus dem Auswertungsbericht LÜKEX 18 des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu den Erkenntnissen der Übung aus Baden-Württemberg.



Bild: BKW/Bernd Lammel

rungs- und Medienarbeit im Interministeriellen Verwaltungsstab“ übernommen.“

Krisenkommunikation

„Insgesamt kann, beispielsweise aus Sicht Baden-Württembergs, die Schwerpunktsetzung auf das Thema „Krisenkommunikation“ unter Einbeziehung der Sozialen Medien in der LÜ-

KEX 18 positiv bewertet werden.

Besondere Strukturen

„In den „Intensiv Übenden Ländern“ wurden zentrale Koordinierungsinstrumente, wie der „Interministerielle Verwaltungsstab Baden-Württemberg“ oder die „Koordinierungsgruppe Bayern“, einberufen. Diese Strukturen haben sich für die ressortübergreifende Zusammenarbeit bewährt. Sie haben sich als belastbar und geeignet erwiesen, um bereichsübergreifende Entscheidungen zeitnah mit allen fachlich betroffenen Behörden abzustimmen.“

Gerade in diesem Bereich konnten viele Erkenntnisse gewonnen werden, die für die Bewältigung künftiger Lagen von großem Nutzen sein werden. Durch frühzeitige und widerspruchsfreie Information und Kommunikation mit der Bevölkerung auf allen Kanälen der Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich der Sozialen Medien, kann eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die dafür sorgt, dass getroffene Entscheidungen der Behörden akzeptiert und kommunizierte Handlungsempfehlungen befolgt werden.“

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

„Beispielsweise wurden im „Interministeriellen Verwaltungsstab des Landes Baden-Württemberg“ frühzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen, um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung abzustimmen und zu koordinieren. So wurden sich widersprechende Verlautbarungen vermieden. An verschiedenen Stellen, so auch in Baden-Württemberg, zeigte sich während der Übung, dass es bei großen Lagen mit vielen beteiligten Institutionen und Kommunikatoren/innen sinnvoll sein kann, die Koordination über die externe Kommunikation in einer verantwortlichen Stelle zusammenzuziehen. Zur Koordination und Abstimmung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung mit den Ministerien, Regierungspräsidien und unteren Verwaltungsbehörden hat beispielsweise das Staatsministerium – wie planerisch vorgesehen – in Baden-Württemberg die Leitung des Verwaltungsstabsbereichs 3 „Bevölke-

Räumliche Gegebenheiten

„Mit Blick auf den zu erwartenden Abstimmungsbedarf in der Krisenkommunikation, wurde beispielsweise in Baden-Württemberg neben den bereits bestehenden Stabsräumen erstmalig ein weiterer Raum für die Kommunikatoren/innen vorgesehen. Aufgrund der positiven Erfahrungen soll das Raumkonzept entsprechend dauerhaft angepasst werden.“

VOSTbw

„Ein Beispiel hierfür ist Baden-Württemberg. Bei der Auswertung und dem Monitoring der Sozialen Medien hat sich das erstmalig in großem Stil eingesetzte „Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg“ bewährt. Das Team konnte Stimmungen und die Resonanz in der Bevölkerung auf getroffene Entscheidungen sowie Fake News frühzeitig identifizieren,

lagerelevante Informationen herausfiltern und den Verwaltungsstab entsprechend informieren. Dadurch war es möglich, dass die für die Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlichen, mit entsprechenden Presseverlautbarungen, Tweets oder dem Aufruf des Sonderinformationsdienstes der Landesregierung (Kriseninternet) schnell auf Stimmungen und Fake News reagieren konnten. Das Virtual Operations Support Team soll zur Unterstützung des Verwaltungsstabs des Innenministeriums auch bei künftigen Übungen und Reallagen eingesetzt werden.“

IT-Sicherheitsvorfall

„Ergänzend zum zentralen Gasmanagementszenario wurde insbesondere in Baden-Württemberg, aufgrund der besonderen Bedeutung des Themas, ein IT-Sicherheitsvorfall beübt, der mit einem Ausfall der Regelkommunikation (Internet/E-Mail, mobiles Internet, Mobiltelefon, Telefon und Fax) im Bereich der Stuttgarter Innenstadt einherging. Hiervon waren mehrere Ministerien und das Regierungspräsidium Stuttgart unmittelbar betroffen. Das Szenario war so angelegt, dass ein gezielter Cyberangriff als Ursache nicht ausgeschlossen werden konnte. Auf diese Weise konnte die Nutzung von Redundanzkommunikationsmitteln unter realistischen Bedingungen geübt werden. Das Modulare Warnsystem, der BOS-Digitalfunk und die Satellitentelefonie wurden erfolgreich eingesetzt. Besonders bewährt hat sich, den Kommunikationskanal des MoWaS zur Information der Lagezentren von Bund und Ländern über den Kommunikationsausfall und die zur Verfügung stehenden Kommunikationswege und Erreichbarkeiten zu nutzen.“

